

Die Gefahrerhöhung im deutschen und US-amerikanischen Versicherungsvertragsrecht

Dr. Gregor Saremba

Kompetenzzentrum Versicherungswissenschaften Band 9

(Verlag Versicherungswirtschaft GmbH, Karlsruhe, 2010, 266 S., 14,8 x 21 cm, kart., Preis 29,- €, ISBN 978-3-89952-515-1)



Die Interessen der am Versicherungsverhältnis beteiligten Parteien sind im Falle einer Gefahrerhöhung vielschichtig und teilweise unterschiedlich gelagert. Decken sich die Interessen des Versicherungsnehmers und die des Versicherers, kommt es zu Interessenkonflikten, die von der Rechtsordnung zu lösen sind. Der Autor widmet sich neben diesen Interessenkonflikten, Problemen und Fragestellungen innerhalb der Regeln der Gefahrerhöhung auch den Veränderungen durch die umfangreiche VVG-Reform vom 1.1.2008.

Einen besonderen Schwerpunkt erhält die Arbeit durch den rechtsvergleichenden Blick auf das US-amerikanische Versicherungsvertragsrecht, das keine allgemeinen Regeln für Gefahrerhöhungen kennt. Im US-amerikanischen Versicherungsvertragsrecht finden andere rechtliche Aspekte wie *misrepresentation* und *concealment* sowie *warranties* und speziell die *increase-of-hazard*-Klauseln bei Gefahrerhöhungen Anwendung. Das deutsche und das US-amerikanische System der Behandlung einer Gefahrerhöhung werden mit Blick auf die Vorteile für Versicherer, Versicherungsnehmer, Gefahrgemeinschaft und die Insolvenzfähigkeit von Versicherungsunternehmen untersucht.

Neben der intensiven Auseinandersetzung mit den allgemeinen Regelungen aus den §§ 23 ff. VVG wendet sich die Arbeit den besonderen Fällen der Gefahrerhöhung in einzelnen Versicherungssparten zu, insbesondere in der Transportversicherung, Lebensversicherung, Berufsunfähigkeitsversicherung, Unfallversicherung und Krankenversicherung und gibt einen Ausblick auf die weitere Entwicklung der Regeln zur Gefahrerhöhung.

Vorwort

Diese Arbeit wurde von der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen im Wintersemester 2009/2010 als Dissertation angenommen. Das Manuskript wurde im Mai 2008 abgeschlossen, wichtige neuere deutsche Literatur ist bis November 2009 verarbeitet.

Die Arbeit bewertet die Veränderungen der §§ 23 ff. VVG durch die umfangreiche VVG-Reform vom 1.1.2008, widmet sich aber auch reformunabhängigen Fragen der Regeln der Gefahrerhöhung. Die Untersuchung ist eingebettet in die rechtlichen Rahmenbedingungen des Verfassungs-, des Europa-, des Versicherungs- und des allgemeinen Zivilrechts. Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit liegt in einem Rechtsvergleich mit dem US-amerikanischen Versicherungsvertragsrecht. Hierzu werden die rechtlichen Grundlagen von *misrepresentation*, *concealment*, die Verwendung von *warranties* und speziell die *increase-of-hazard*-Klauseln dargestellt und ein Systemvergleich mit den deutschen Regeln der §§ 23 ff. VVG vorgenommen.

Besonderer Dank gilt Prof. Dr. Alexander Bruns, LL.M. für die Betreuung meiner Dissertation und die Förderung schon während meiner Tätigkeit an seinem Lehrstuhl in Göttingen. Herrn Prof. Dr. Hans-Martin Müller-Laube danke ich für die Erstellung des Zweitgutachtens. Den Herausgebern Prof. Dr. J.-Matthias Graf v.d. Schulenburg und Prof. Dr. Gerald Spindler danke ich für die Aufnahme meiner Arbeit in diese Schriftenreihe.

Für die außerordentliche Betreuung meines Forschungsaufenthalts an der William S. Boyd School of Law an der University of Nevada, Las Vegas bin ich Prof. Jeffrey W. Stempel, J.D. und Margaret S. Edwards, J.D. dankbar.

In großer Dankbarkeit bin ich der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Gewährung eines Stipendiums für diese Arbeit tief verbunden.

Meinen besonderen Dank möchte ich den Herren Rechtsreferendaren Christian Conreder und Sebastian Neutze für anregende und kritische Diskussionen ausdrücken.

In enger persönlicher Hinsicht gebührt meinen Eltern Karin und Wolfgang Saremba für meinen Weg bis zum heutigen Tage mein größter Dank. Durch ihre Liebe, Aufmerksamkeit und Unterstützung haben sie mir meine eigenen Leistungen erst ermöglicht. Meine Lebensgefährtin Stefanie Vogt hat mich während des Studiums und der Arbeit an dieser Dissertation durch Rat und Tat nie meinen Weg aus den Augen verlieren lassen. Ich danke ihr sehr für diese Unterstützung und Liebe.

Münster, im November 2009

Gregor Saremba

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel: Einführung	1
A. Beziehung von Gefahrübernahme und Prämie	1
B. Interessen der Parteien des Versicherungsvertrages	2
I. Interessen des Versicherungsnehmers	2
II. Interessen des Versicherers	3
III. Interessen der Fahrgemeinschaft	3
IV. Zusammenführung der Interessenpositionen	4
C. Reform des VVG vom 1.1.2008 und die Verknüpfung mit den §§ 23 ff. VVG	5
I. Bedeutung der Reform des VVG für diese Arbeit	5
II. Rechtsgeschichtlicher Abriss bis zur Reform des VVG vom 1.1.2008	5
D. Fallbeispiele zur Gefahrerhöhung	7
E. Gang der Darstellung	10
2. Kapitel: Behandlung der Gefahrerhöhung nach dem US-amerikanischen Versicherungsrecht	11
A. Die Bedeutung des transatlantischen Rechtsvergleichs	11
B. Relevante Vorfragen des US-amerikanischen Versicherungsvertragsrechts	11
I. Gesetzgebung im Bereich des Versicherungswesens	11
II. Der renewal	11
III. Haftung und Rechtsschutz als Hauptleistungspflichten	12
C. Einführung in die Behandlung der Gefahrerhöhung im US-amerikanischen Versicherungsrecht	12
I. Fehlende Regelung der Gefahrerhöhung	12
II. Überblick über die Stadien eines Versicherungsvertrages	13
D. Gefahrerhöhung in den Stadien des Versicherungsvertrages	13
I. Erforderliche Angaben im Rahmen der application	13
II. Phase zwischen application und policy's effective date	15
III. Nach Inkrafttreten des Versicherungsschutzes	15
IV. Renewal	16
1. Der übliche renewal	16
2. Renewal und eine mögliche erneute Befragung	17
a. Verteidigung der misrepresentation	17
aa. Voraussetzungen der misrepresentation	17
(1.) Unwahre oder irreführende Angaben	18
(2.) Wesentlichkeit der Angabe	19
(3.) Vertrauen des Versicherers auf die Angabe	21
(4.) Verhältnis zwischen misrepresentation und dem Versicherungsfall	21
bb. Rechtsfolgen der misrepresentation	22
cc. Regelung der misrepresentation in einzelstaatlichen Gesetzen	22
b. Verteidigung des concealment	23
aa. Voraussetzungen des concealment	23
(1.) Grundsätzliche Befragung des Versicherungsnehmers	23
(2.) Nicht-Angabe des Versicherungsnehmers	24
(3.) Wesentlichkeit der nicht erfragten Informationen	24
(4.) Vorsatz	24
(5.) Ausnahmen	25
bb. Rechtsfolgen des concealment	25

V. Bewertung der misrepresentation und des concealment im Hinblick auf die Gefahrerhöhung	25
E. Die Rolle von warranties	26
I. Definition	26
II. Voraussetzungen	26
III. Rechtsfolgen	29
IV. Abschwächende Tendenzen in der Rechtsprechung	30
1. Unterscheidung von affirmative warranty und promissory warranty	30
2. Umdeutung einer warranty zu einer representation	30
3. Aufweichen des Erfordernisses des strikten Erfüllens einer warranty	31
4. Beschränkung von warranties auf bestimmte Teilrisiken des Versicherungsvertrages	31
V. Abschwächung der warranties in einzelstaatlichen Gesetzen	32
VI. Ausweichende Tendenzen der Versicherer	33
VII. Verwendung von warranties in der Praxis bei der Regelung von Gefahrerhöhungen	34
1. Beispiel einer increase-of-hazard-Klausel	34
2. Verwendung von increase-of-hazard-Klauseln	35
3. Tatbestandliche Struktur der increase-of-hazard-Klauseln	35
a. Grundbegriff des increase of hazard	35
b. Dauerhaftigkeit der Gefahrerhöhung	37
c. Erhebliche Gefahrerhöhung	37
d. Unterlassen und Kausalität	38
e. Subjektive Ausrichtung des Anwendungsbereichs der increase-of-hazard-Klausel	38
f. Prozessrechtliche Aspekte der increase-of-hazard-Klauseln	39
4. Rechtsfolgen der increase-of-hazard-Klauseln	39
5. Der besondere Aspekt des moral hazard	39
a. Begriff des moral hazard	39
b. Mittel gegen moral hazard	40
c. Beispielsfall für moral hazard im Zusammenhang mit einer Gefahrerhöhung	40
F. Zusammenfassende Betrachtung	40
3. Kapitel: Rechtliche Rahmenbedingungen der Gefahrerhöhung in Deutschland	43
A. Verfassungsrechtliche Vorgaben	43
I. Privatautonomie und Vertragsfreiheit	44
1. Allgemeiner Grundgehalt	44
2. Geschützte Rechtspositionen der Vertragsparteien	45
II. Eigentumsgarantie	47
1. Allgemeiner Grundgehalt	47
2. Geschützte Rechtspositionen der Vertragsparteien	48
III. Berufsfreiheit	49
1. Allgemeine Grundgedanken	49
2. Geschützte Rechtspositionen der Vertragsparteien	50
B. Europäische Vorgaben	50
I. Vorgaben des Europarechts	50
II. Versuch einer Richtlinie mit materiell-rechtlichem Inhalt	52
1. Inhalt des Richtlinienvorschlags	52
2. Bewertung des Richtlinienvorschlags	53

III. Principles of European Insurance Contract Law	53
1. Hintergrund	53
2. Regelungen zu Fällen der Gefahrerhöhungen	54
a. Anforderungen an Vertragsbestimmungen zur Risikoerhöhung	54
b. Anzeigepflicht und deren Rechtsfolgen	54
c. Kündigungsrecht	55
d. Leistungsfreiheit	55
3. Bewertung der Art. 4:201 ff. PEICL	55
IV. Zusammenfassende Betrachtung zu europarechtlichen Vorgaben	56
C. Allgemeine zivilrechtliche Vorgaben und Rahmenbedingungen	56
I. § 313 BGB	56
1. Verhältnis von § 313 BGB zum Institut der Gefahrerhöhung	56
2. Grundzüge des § 313 BGB	57
a. Sinn und Zweck der Regelung	57
b. Voraussetzungen	57
aa. Schwerwiegende Veränderung der Umstände	58
bb. Kein hypothetischer Vertragsschluss	58
cc. Unzumutbarkeit der weiteren Vertragsdurchführung	58
c. Rechtsfolgen	59
II. Venire contra factum proprium	59
D. Versicherungsrechtliche Vorgaben	60
I. Gefahrgemeinschaft als versicherungsrechtliche Besonderheit	60
1. Allgemeine Bedeutung der Gefahrgemeinschaft	60
2. Rechtliche Bedeutung der Gefahrgemeinschaft	61
a. Meinungsstand hinsichtlich der rechtlichen Relevanz der Gefahrgemeinschaft	61
b. Herausarbeitung der rechtlichen Relevanz der Gefahrgemeinschaft	62
aa. Erörterungen zu den Hauptkritikpunkten an der rechtlichen Relevanz der Gefahrgemeinschaft	62
(1.) Ökonomische Grundlage mit rechtlichen Auswirkungen	62
(2.) Gefahrgemeinschaft als Grundlage und nicht als alleiniges Instrument	63
(3.) Trotz heterogener Gefahren eine homogene Gefahrgemeinschaft	63
(4.) Risikoausgleich in der Zeit als Gefahrgemeinschaft	64
bb. Gefahrgemeinschaft in der Definitionsproblematik des Begriffs der Versicherung	65
cc. Rechtliche Interdependenzen in anderen Rechtsgebieten	69
(1.) Störung der Geschäftsgrundlage	69
(2.) Unverschuldete Erfüllungshindernisse beim Gattungsverkauf	70
(3.) Verfahrensprinzip im Insolvenzrecht	71
(4.) Große Haverei im Seeschiffrechtsrecht und im Binnenschiffrechtsrecht	71
(5.) Rentenansprüche in der Haftpflichtversicherung	72
(6.) Zusammenfassende Betrachtung	72
dd. Versicherungsvertrag als besondere Form des zweiseitigen Vertrages	73
ee. Keine Rechtsbeziehungen zwischen den Mitgliedern der Gefahrgemeinschaft	74
ff. Gefahrgemeinschaft und Treupflichten im Versicherungsvertragsverhältnis	74

gg. Fahrengemeinschaft im Spiegel der VVG-Reform und aktueller Rechtsprechung	76
3. Zwischenergebnis	77
II. Begriffsinhalt der Gefahr	78
1. Grundgefahr	79
2. Schadensauswirkungsgefahr	79
a. Grundgedanke	79
b. Sonderfall der Summenversicherung	80
c. Steigerung des Wertes des versicherten Interesses	81
aa. Gemeinsamkeiten	81
bb. Begründungsansatz für die Differenzierung	82
cc. Beispiel der Abgrenzungsproblematik	83
3. Vertragsgefahr	84
a. Begriff der Vertragsgefahr mit Beispielen	84
b. Einwände gegen die Beispiele	84
aa. Verurteilung wegen Versicherungsbetruges	85
bb. Alkoholismus	86
cc. Inbrandsetzen eines anderen Gebäudes	87
dd. Brandreden	87
ee. Doppelversicherung	88
ff. Vereinbarung eines Haftungsausschlusses mit einem Dritten	89
gg. Zusammenfassende Betrachtung	90
c. Generelle Erörterung der Fallgruppe der Vertragsgefahr	91
aa. Moral hazard im US-amerikanischen Versicherungsvertragsrecht	91
bb. Keine Rechtfertigung durch Beweisprobleme	92
cc. Kein Gleichlauf des Gefahrbegriffs bei vorvertraglicher Anzeigepflicht und den Regeln der Gefahrerhöhung	93
dd. Keine Vereinbarkeit von Fahrengemeinschaft und Vertragsgefahr	96
d. Abschließende Bewertung der Vertragsgefahr	96
III. Ausgestaltung mit Obliegenheiten	97
1. Rechtsnatur der Obliegenheiten	98
2. Dogmatische Rechtfertigung der Ausgestaltung mit Obliegenheiten	99
3. Verschulden bei Obliegenheiten	100
4. Kapitel: §§ 23 ff. VVG – Die deutschen Regeln der Gefahrerhöhung	103
A. Erhöhung der Gefahr	103
I. Gefahrbegriff	103
II. Erhöhung der relevanten Gefahr	103
1. Begriff der Erhöhung der Gefahr	103
a. Maßgeblicher Zeitpunkt zur Feststellung des Ausgangszustandes	104
b. Änderungsrisiko des Versicherers	104
aa. Allgemein übliche Gefahränderungen	105
bb. Erhebliche Entwertung des Versicherungsschutzes	106
(1.) Häufige Zwischenstufe bei der Gefahrenverwirklichung	106
(2.) Vernünftiges Interesse an der Versicherung seltener Gefahren	107
c. Erhöhung der Ausgangsgefahr	108
aa. Unvorhersehbarkeit der Änderung	108
bb. Vernünftige Versicherungstechnik	108
cc. Abgrenzung über § 27 VVG	109

dd. Kombination der vernünftigen Versicherungstechnik auf der Basis des § 27 VVG	111
d. Dauerzustand der Gefahrerhöhung	115
aa. Dauerzustand als Voraussetzung der Gefahrerhöhung	115
(1.) Ältere Ansicht	115
(2.) Die herrschende Meinung	116
(3.) Beispiel und Stellungnahme	116
bb. Feststellung des Dauerzustandes	120
e. Änderung eines nicht gefragten Umstandes	121
2. Gefahrkompensation	122
a. Grundsätzliche Ausführungen	122
b. Zeitliches Verhältnis von Gefahrminderung und Gefahrerhöhung	124
c. Gefahrkompensation bei mehreren Gefahren	125
d. Wegfall eines gefahrkompensierenden Umstandes	126
e. Beweislast bei der Gefahrkompensation	127
3. Gefahrwechsel	127
4. Zusammenfassende Definition der Gefahrerhöhung	127
III. Arten der Gefahrerhöhung	128
1. Subjektive Gefahrerhöhung	128
a. Kenntnis des Versicherungsnehmers	128
b. Selbstvornahme durch den Versicherungsnehmer	130
aa. Gefahrerhöhung durch positives Tun	130
bb. Gefahrerhöhung durch Unterlassen	130
c. Gestattung einer Vornahme durch einen Dritten	132
aa. Die Person des Dritten	133
bb. Die Gestattung	134
2. Objektive Gefahrerhöhung	136
a. Grundsätzliche Ausführungen	136
b. Generelle und spezielle objektive Gefahrerhöhungen	137
3. Mögliche Existenz eines dritten Tatbestands in § 23 Abs. 2 VVG	138
IV. Einwilligung	141
1. Rechtliche Qualifikation der Einwilligung i.S.d. § 23 Abs. 1 VVG	141
2. Kenntnis des Versicherers vom Charakter der Gefahrerhöhung	143
3. Einwilligung im Rahmen der objektiven Gefahrerhöhung	143
B. Rechtsfolgen	144
I. Reform der Rechtsfolgen unter Aufgabe des Alles-oder-nichts-Prinzips	144
1. Darstellung der bisherigen Rechtsfolgen	145
2. Grundwertungen des neuen Systems	146
3. Allgemeiner Meinungsstand zum Systemwechsel	147
a. Verhältnismäßige Sanktionierung von Obliegenheitsverstößen	147
b. Unterlaufen des Alles-oder-nichts-Prinzips durch die Relevanzrechtsprechung	148
c. Beeinflussung des Verschuldensbegriffs durch das Alles-oder-nichts-Prinzip	148
d. Unterlaufen des Alles-oder-nichts-Prinzips durch das sog. Augenblicksversagen	149
e. Flexibilität und die Gefahr der Rechtsunsicherheit bei der Quotelung	149
f. Grobe Fahrlässigkeit und das Alles-oder-nichts-Prinzip im übrigen Zivilrecht	153
g. Grundsätzliche dogmatische Erwägungen gegen die Quotelung	153

h. Nichterfassung der groben Fahrlässigkeit auf Grund der Gefahrgemeinschaft.....	154
i. Keine Sanktion von einfacher Fahrlässigkeit.....	155
j. Präventionswirkung.....	156
k. Bedarfsgerechte Prämienkalkulation.....	157
l. Kausalitätsentsprechende Leistungsfreiheit.....	157
II. Behandlung einer Gefahrerhöhung nach der aktuellen Rechtslage.....	158
1. Subjektive Gefahrerhöhung.....	158
a. Differenzierung anhand des Verschuldens.....	158
b. Untergruppen der subjektiven Gefahrerhöhung.....	160
aa. Vorsätzliche Gefahrerhöhung.....	160
(1.) Fristlose Kündigung.....	160
(2.) Prämienhöhung oder Ausschluss der Absicherung.....	160
(3.) Anzeigepflicht.....	162
(4.) Leistungsfreiheit.....	164
bb. Grob fahrlässige Gefahrerhöhung.....	167
(1.) Fristlose Kündigung.....	167
(2.) Prämienhöhung oder Ausschluss der Absicherung.....	167
(3.) Anzeigepflicht.....	167
(4.) Leistungspflicht.....	168
cc. Schlicht fahrlässige Gefahrerhöhung.....	171
(1.) Kündigungsrecht.....	171
(2.) Prämienhöhung oder Ausschluss der Absicherung.....	171
(3.) Anzeigepflicht.....	172
(4.) Leistungspflicht.....	172
dd. Schuldlose Gefahrerhöhung.....	172
(1.) Kündigungsrecht.....	173
(2.) Prämienhöhung oder Ausschluss der Absicherung.....	175
(3.) Anzeigepflicht.....	175
(4.) Leistungspflicht.....	175
2. Objektive Gefahrerhöhung.....	175
a. Kündigungsrecht.....	175
b. Prämienhöhung oder Ausschluss der Absicherung.....	175
c. Anzeigepflicht.....	176
d. Leistungspflicht.....	176
III. Bewertung der Abkehr vom Alles-oder-nichts-Prinzip im Hinblick auf die Gefahrerhöhung.....	176
1. Aufzeigen der effektiven Änderungen.....	176
a. Kündigungsrechte.....	176
b. Anzeigepflichten.....	177
c. Leistungspflicht des Versicherers.....	177
d. Einführung der Vertragsanpassung gemäß § 25 VVG.....	179
e. Wegfall des § 26 VVG a.F.	179
2. Bewertung einzelner Punkte der Reform im Hinblick auf die Gefahrerhöhung.....	180
a. Sanktionslosigkeit bei einfacher Fahrlässigkeit.....	180
b. Einführung der Quotelung.....	180
c. Formale Besserstellung als materielle Schlechterstellung.....	181
d. Beweislastverteilung.....	183
e. Vertragsanpassung nach § 25 VVG.....	185

f. Systemprobleme bei kausalitätsentsprechender Leistungsfreiheit und Quotelung	185
g. Fehlende Betrugsausnahme bei der kausalitätsentsprechenden Leistungsfreiheit	187
h. Fehlende Belehrungspflicht	187
i. Zweistufiges Sanktionssystem	188
3. Zusammenfassende Bewertung des Systemwechsels	189
IV. Spezifische Systemalternativen für die Gefahrerhöhung	189
V. Offene Fragen bei den Rechtsfolgen der Gefahrerhöhung	191
1. Verhältnis von Kündigungsrecht und Prämienerrhöhung	191
a. Gesetzestext der §§ 24, 25 VVG	191
b. Gesetzesbegründung	191
c. Systematischer Vergleich mit § 19 Abs. 4 VVG	192
d. Unterscheidung von vertragshindernden und vertragsändernden Gefahrerhöhungen	192
2. Wahlrecht innerhalb der Vertragsanpassung des § 25 VVG	194
3. Anzeigepflichten als Obliegenheiten	195
C. Struktur von Tatbeständen und Rechtsfolgen	197
D. Vertragliche Abweichungsmöglichkeiten von den gesetzlichen Regelungen der Gefahrerhöhung	200
E. Systematische Einordnung der deutschen Gefahrerhöhungsregeln	201
5. Kapitel: Spezialfälle der Gefahrerhöhung im deutschen Recht	203
A. Gefahrerhöhung in der laufenden Versicherung	203
B. Gefahrerhöhung in der Transportversicherung	204
C. Gefahrerhöhung in der Lebensversicherung	205
D. Gefahrerhöhung in der Berufsunfähigkeitsversicherung	208
E. Gefahrerhöhung in der Unfallversicherung	208
F. Gefahrerhöhung in der Krankenversicherung	211
G. Zusammenfassende Betrachtung	211
I. Grundsätzliche Betrachtungen	211
II. Gefahrstandspflicht	212
III. Gestaltung der Überschriften	212
IV. Alles-oder-nichts-Prinzip	213
V. Ausdrücklichkeit und Schriftform vereinbarter Umstände	214
VI. Beschränkung des Kündigungsrechts	214
6. Kapitel: Zusammenfassender Rechtsvergleich	215
A. Genereller Vergleich des deutschen und des US-amerikanischen Versicherungsvertragsrechts in ausgewählten Punkten	215
B. Vergleich der Behandlung der Gefahrerhöhung im deutschen und im US-amerikanischen Versicherungsvertragsrecht	215
C. Struktureller Vergleich	219
7. Kapitel: Schlussbetrachtungen	225
A. Zusammenfassung	225
B. Ausblick	230
Literaturverzeichnis	233
Über den Autor	246

